

Konjunktur in Lateinamerika bleibt verhalten

19.10.2017

Energiesektor soll Schub bringen / Mehr Projektinvestitionen geplant / Von Ulrich Binkert

Bonn (GTAI) - Die Volkswirtschaften in Lateinamerika und der Karibik wachsen zur Jahresmitte 2017 relativ langsam. Brasilien erholt sich langsamer als erhofft von der Rezession, Mexiko bangt um den ungehinderten Zugang zum US-Markt, und von den Verhandlungen zu mehr Freihandel sind vorerst keine großen Impulse zu erwarten. Für Projekte indes sind wieder höhere Ausgaben vorgesehen. Privates Kapital soll die Basis legen für eine bessere Infrastruktur und eine höhere Produktion von Öl, Gas oder Solarstrom.

Der Internationale Währungsfonds hat im Juli seine regionale Wachstumsprognose für 2018 auf knapp 2 Prozent gesenkt, nachdem 2017 im besten Falle der Rückgang vom Vorjahr ausgeglichen wird. Bremsend wirkt die Flaute bei den öffentlichen Investitionen. Argentinien und Brasilien schieben ein großes Budgetdefizit vor sich her, das im Falle von Brasilien 2017 wie im Vorjahr 9 Prozent der Wirtschaftsleistung erreichen dürfte. Mexiko hält das Minus zwar in Grenzen, allerdings auf Kosten von Ausgaben für Gesundheit, Infrastruktur und andere Bereiche.

Das verarbeitende Gewerbe in der Region, wichtiger Abnehmer deutscher Ausrüstungen und Vorleistungen, lässt gerade eine lange Durststrecke hinter sich. Nach Prognosen des Datenanalysten Oxford Economics soll seine Wertschöpfung 2017 nach drei Minusjahren in konstanten Dollarwerten erstmals wieder wachsen (um 1,6 Prozent). Der bisherige Höchststand von 2013 wird demnach aber erst 2019 wieder erreicht. Brasiliens Industrie hat sich zuletzt bei verbesserter Inlandsnachfrage auf niedrigem Niveau stabilisiert. Der Export profitierte von der Abwertung des Real, die Schwäche des US-Dollar vermindert diesen Effekt aber. Ausfuhren sind für Brasiliens binnenmarktorientierte Wirtschaft mit ihren Handelshemmnissen ohnehin nachrangig.

Ganz anders in Mexiko: Dort richtet sich der Blick auf die Verhandlungen, mit denen die USA das nordamerikanische Freihandelsabkommen Nafta neu gestalten wollen. Das seit 1994 geltende Abkommen hat Mexikos Industrie als Produktionsstandort für die USA groß gemacht. Die Unternehmen arbeiten als günstige Zulieferer und verlängerte Werkbank von US-Firmen oder verbauen vorwiegend asiatische Komponenten zu Waschmaschinen oder Flachbildschirmen für Kunden in New York oder Seattle. Heute trägt der Außenhandel in Mexiko annähernd so viel zur Wirtschaft bei wie in Deutschland, und über 80 Prozent der Exporte gehen zum großen Nachbarn im Norden.

US-Protektionismus birgt auch Chancen

Mit Blick auf die protektionistische Rhetorik von US-Präsident Trump geben sich deutsche Firmen bisher abwartend. Sie haben massiv in Mexiko investiert und bauen dort Autos, deren Einzelteile zuvor mitunter viermal zwischen mexikanischen und US-amerikanischen Fabriken hin- und hertransportiert wurden. Trumps Protektionismus könnte Lateinamerikas Exporteuren von Industriegütern aber auch helfen. Durch Washingtons Aufkündigung der Transpazifischen Partnerschaft TPP mit Ostasien sichert er ihnen Vorteile auf dem US-Markt. So kann Zentralamerikas Bekleidungsbranche weiterhin günstiger in die USA liefern als die Konkurrenz aus Vietnam, die höhere Zölle entrichten muss und einen deutlich längeren Lieferweg hat.

Mit der EU verhandelt Mexiko über eine Aktualisierung des bilateralen Freihandelsabkommens. Die Exportmärkte zu diversifizieren ist allerdings schwierig angesichts der bestehenden Arbeitsteilung mit den USA, die im 1. Halbjahr 2017 unverändert vier Fünftel der Ausfuhren aufnahmen. Mit Chile, Peru und Kolumbien hat Mexiko im Rahmen der 2012 gegründeten "Pazifikallianz" Erleichterungen beim gegenseitigen Marktzugang ausgehandelt. Die Erfolge des Abkommens beschränken sich bisher allerdings eher auf das diplomatische Parkett, der

KONJUNKTUR IN LATEINAMERIKA BLEIBT VERHALTEN

Warenaustausch zwischen den Mitgliedern ging sogar zurück. Er erreichte 2016 gerade einmal 2,9 Prozent des gesamten Außenhandels der vier Länder, nachdem es 2011 noch 4,2 Prozent gewesen waren.

Abzuwarten bleibt, inwieweit sich die Annäherung zwischen der Pazifikallianz und dem Wirtschaftspakt Mercosur konkret auswirkt. In Argentinien und Brasilien ist mit dem Wechsel zu eher wirtschaftsliberalen Regierungen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gewachsen. Ein Testfall wäre die Ost-West-Bahnverbindung zwischen brasilianischer Atlantikküste und peruanischer Pazifikküste. Bei diesem seit langem diskutierten Projekt werden bislang keine entscheidenden Fortschritte vermeldet.

Im Mercosur selbst bleiben wesentliche Streitpunkte wie der Marktzugang für Zucker und Kfz-Teile aus Brasilien bisher ungelöst. Die Partner beschlossen immerhin eine bessere Zusammenarbeit an den Grenzen sowie gemeinsame technische und (phyto-) sanitäre Standards. Mit der EU verhandelt der Mercosur über ein Freihandelsabkommen, das Argentinien Präsident Macri noch 2017 abschließen will. Als kritischer Punkt gilt die Öffnung der EU für Agrargüter.

Neuer Schub für Ausbau der Infrastruktur

Gute Nachrichten gibt es vom Projektmarkt. Darauf verweisen zumindest Zahlen des Informationsdienstleisters BNamericas, der eine Datenbank zu großen Vorhaben in Lateinamerika und der Karibik betreibt. Demnach war der Wert aktiver Großprojekte in Infrastruktur, Bergbau sowie Ölwirtschaft und Petrochemie im Juli 2017 um insgesamt gut ein Zehntel höher als ein Jahr zuvor.

Ein Hoffnungsträger ist dabei, wieder einmal, Argentinien. Die Regierung in Buenos Aires hat Ende 2016 ein neues PPP-Gesetz verabschiedet und auch sonst die Rahmenbedingungen für private Investoren verbessert. Von ihnen erhoffen sich die Behörden maßgeblich das Kapital, um die großen Pläne für den Ausbau der Infrastruktur umzusetzen. Riesige Straßen- und Bahnprojekte sollen den Transport wieder besser in Gang bringen. In Brasilien hat sich Fraport die Konzessionen für die Flughäfen Fortaleza und Porto Alegre gesichert.

Im Energiesektor will Argentinien wieder zum Netto-Exporteur werden. Das Land verfügt über beste Bedingungen zur Gewinnung von Solar- und Windstrom und hat größere Reserven an Schiefergas als die USA. Auch in Mexikos Energiewirtschaft gibt es inzwischen frischen Wind und neue Investitionen, nachdem die Regierung den Sektor seit 2012 liberalisiert hat.

Die Aufarbeitung großer Korruptionsfälle in Brasilien wirkt sich auch auf den Projektmarkt aus. Der Baukonzern Odebrecht hatte Verantwortliche in Ländern der gesamten Region bestochen und damit Projekte gewonnen, die jetzt teilweise neu aufgerollt werden. Durch Neuausschreibungen könnten auch deutsche Lieferanten ins Spiel kommen, die bisher nicht an den Vorhaben beteiligt waren.

Die Skandale haben Brasiliens Wirtschaft mit in die Tiefe gerissen, längerfristig gelten sie inzwischen aber als Chance für den gesamten Kontinent und auch die Geschäftswelt. Brasilien geht Korruption nach dieser Lesart endlich energisch an und ist dabei Vorbild für andere Länder wie Peru. Dort ließ die Justiz den ehemaligen Präsidenten Humala unter Schmiergeldverdacht festsetzen. Als Gegenbeispiel für eine trügerische Ruhe nennen Beobachter Mexiko - das im Korruptionsindex von Transparency International inzwischen deutlich hinter Brasilien liegt.

KONJUNKTUR IN LATEINAMERIKA BLEIBT VERHALTEN

Geplante Investitionssummen für Projekte in Lateinamerika und der Karibik 1)

Sektor	Erhebung Juli 2017 (Mrd. US\$)	Veränderung in 1 Jahr (%) 2)
Transportinfrastruktur	407	16
Strom	296	16
Bergbau	154	4
Öl & Gas	135	2
Wasser, Abfall	71	28
Petrochemie	21	0
Summe	1.085 3)	13

1) ohne gestoppte und abgesagte Projekte, Auswahl durch BNamericas, umfasst auch den Nicaragua-Kanal für 50 Mrd. US\$ und weitere Großvorhaben, deren Umsetzung zweifelhaft erscheint; 2) Erhebungen am 21.7.17 und 21.7.16; 3) Abweichung durch Rundungen

Quelle: BNamericas

(B.U.)



Ulrich Binkert | © GTAI

KONTAKT

Ulrich Binkert

+49 228 24 993 267

[Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.